

Fragenpaket 1:

Flächensparen ist eines der wichtigsten Ziele der GRÜNEN für die Entwicklung unseres Landes. Aus diesem Grund waren wir damals auch beim Bürgerbegehren „Betonflut eindämmen“ gegen den Flächenfraß dabei und haben die Ziele und Durchführung umfassend unterstützt. Da uns die Freiwilligkeit, die im Moment in Bayern angedacht ist, nicht weiterbringt, haben die Grünen im Landtag 2020 noch einen neuen Gesetzentwurf eingebracht. Wir möchten im Landesplanungsgesetz Leitplanken setzen und im Jahr 2026 eine Höchstgrenze von 5 Hektar pro Tag definieren. Wir geben den Kommunen ausreichend Zeit, um sich anzupassen, und schaffen es dadurch, das Ziel auch zu erreichen. Man muss sich einmal vorstellen: Wir stärken dadurch den Planungsgrundsatz „innen vor außen“, wir reduzieren den Flächenverbrauch deutlich und wir können die notwendige Entwicklung in unserem Land weiterhin ermöglichen. Wir brauchen dringend eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt.

Unser Ansatz: Im Bayerischen Landesplanungsgesetz wird der Flächenverbrauch schrittweise bis zum Jahr 2026 auf höchstens 5 ha am Tag begrenzt. Bayern bekennt sich zu der politischen Zielvorgabe der Bundesregierung. Der Freistaat Bayern legt diesen Vorschlag im Rahmen seiner Einschätzungsprärogative einer Höchstgrenze für den Flächenverbrauch im Bayerischen Landesplanungsgesetz zugrunde. Damit ist Bayern auch Vorbild für andere Bundesländer. Die Flächenverbrauchshöchstgrenze wird als gesetzliche Mengenvorgabe in einen Art. 1a (BayLPIG) eingefügt. Nach Abzug einer Reserve für Härtefälle und für übergeordnete Vorhaben jenseits der kommunalen Bauleitplanung soll das verbleibende, von diesem Gesetz festgelegte Budget auf die Gemeinden des Freistaates verteilt werden. Als Verteilungsschlüssel soll ein degressives Bevölkerungsmodell genutzt werden, bei dem einwohnerstärkere Gemeinden geringere Flächenbudgets pro Kopf bekommen (qm pro Einwohner und Jahr) als einwohnerärmere. So bleiben Entwicklungschancen vorhanden. Flächenbudgets können gespart werden oder sogar auf andere Gemeinden übertragen. Um einen Überblick zu haben, müssen Bebauungspläne dem Land angezeigt werden. Dies gilt dann selbstverständlich auch für den Landkreis Roth und das Nürnberger Land. Über die regionale Spar- und Tauschmodelle kann zwischen Gemeinden ein sinnvoller Austausch entstehen, der auch einzelne größere Projekte zulässt.

Fragenpaket 2:

- Wie stehen Sie zu den derzeitigen Einschränkungen der Windenergie? – Sind sie dafür, dass die sogenannte 10-H Regel (BayBO Art. 82 und 83.1) in Bayern gestrichen wird? - Welche Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sehen Sie dies zu erreichen?

Die derzeitigen Einschränkungen der Windenergie verzögern den Ausbau der Erneuerbaren enorm. Während 2017 bundesweit noch über 1800 neue Windkraftanlagen in Betrieb genommen wurden, waren es 2019 bereits unter 300. In der Windbranche sind zwischen 2016 und 2017 allein 26.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Und es steht zu befürchten, dass diese Zahl nach 2017 noch um 40.000 weitere gewachsen ist. Die 10-H-Regel muss umgehend gestrichen werden. Windenergie kann günstig und verlässlich große Mengen an sauberem Strom liefern. Wir GRÜNE wollen ein bundesweites Flächenziel von 2% der Landesfläche verankern, zu dem alle Bundesländer beitragen. Die Planungen und Genehmigungen werden wir durch frühzeitige Bürger*innenbeteiligung, die Bündelung von Verfahren und mehr Personal beschleunigen.

- Wie stehen Sie zu einer Solarpflicht auf Dächern? - Welche Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sehen Sie für Solarpflicht auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Dächern im Neubau, bei Renovierung oder im Bestand umzusetzen?

Auch der Ausbau der Solarenergie ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir wollen Solaranlagen auf Dächern zum Standard machen. In den nächsten vier Jahren wollen wir für 1,5 Millionen Dächer mit Solaranlagen sorgen: beginnend mit Neubauten sowie öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie bei Dachsanierungen. In der Fläche wollen wir neben Autobahnen, Schienen, über Parkplätzen oder in Verbindung mit landwirtschaftlicher Nutzung neue Solaranlagen entstehen lassen.

Zunächst muss es Kommunen ermöglicht werden, eine Solarpflicht durch Bebauungspläne zu fordern. Dies geht bisher nur über Notarverträge. In weiteren Schritten können Landes- und Bundesgesetzgebung die Solarpflicht für z.B. Neubauten einfordern. Es gibt inzwischen ausreichend Beispiele in bayerischen Kommunen, dass auch Grundstücke mit entsprechenden Vorschriften (über den Notarvertrag) Abnehmer finden und heiß begehrt sind.

- Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien Wind und Sonne naturverträglich und nachhaltig zu fördern?

Klimaschutz und Naturschutz gehören zusammen. Ohne umfassende Maßnahmen werden wir die Klimakrise nicht aufhalten können, was wiederum massiven Einfluss auf unzählige Arten und Lebensräume haben wird. Entscheidend dabei ist die richtige Standortwahl für Erneuerbare-Energien-Anlagen. Eine gute Planung und technische Anpassungen können Auswirkungen von Erneuerbaren Energieanlagen auf die Natur mildern. Die Schutzfunktion von Naturschutzgebieten oder Biosphärenreservaten darf auch durch die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen nicht beeinträchtigt werden.

Frage 3:

Um unsere Lebensgrundlagen zu sichern, brauchen wir einen grundlegenden Wandel der Agrarpolitik. Das geht nur mit einem Verständnis von Natur, die sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme, aber auch faire Bezahlung von Landwirt*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Die Agrarpolitik der vergangenen Jahre hat die Landwirtschaft in eine Sackgasse geführt. Industrialisierung und Intensivierung wurden vorangetrieben auf Kosten der Natur, der Tiere und letztendlich auf Kosten der Bäuer*innen, die allzu oft keine fairen Preise für ihre Erzeugnisse bekommen.

Durch Ökolandbau tragen wir zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Deutschland muss auch endlich die richtigen Wege im Bereich Tierschutz gehen. Wir müssen tiergerechte Haltung direkt fördern und so für mehr Auslauf, Licht und Beschäftigung sorgen. Ein „immer billiger“ darf es nicht mehr geben. Den Umbau werden wir durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung.

Wichtige Steuerung sind natürlich die EU-Mittel. Die Gelder der GAP sollen künftig an gesellschaftliche Leistungen gebunden werden – also für mehr Klima-, Umwelt-, Natur- und

Tierschutzmaßnahmen fließen. Die bevorstehende Förderperiode werden wir nutzen, um einen Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030 zu erreichen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.

Frage 4:

Die GRÜNEN haben einen Sechs-Punkte-Plan für sauberes Wasser erarbeitet, den ich an dieser Stelle einfügen werde:

1. Stickstoffstrategie gegen übermäßigen Gülle-Einsatz, damit die Nitratbelastung reduziert wird.
2. Pestizidreduktionsprogramm, mit dem jedes Jahr weniger Ackergifte in unser Wasser gelangen, und Pestizidabgabe zur Finanzierung von Forschung und Investitionen zum Wasserschutz.
3. Quecksilber-Minderungsstrategie, zum Beispiel durch den Kohleausstieg.
4. Mikroplastik in Kosmetika stoppen und ein internationales Abkommen zur Verringerung von Plastikmüll in den Meeren voranbringen.
5. Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung zurückfahren und gewässerschonende Entsorgung von Medikamenten der Humanmedizin voranbringen.
6. Kommunen sollen vor Investorenklagen bei Rekommunalisierung und Schutzgebietsausweisung geschützt werden, das Freihandelsabkommen CETA entsprechend abgelehnt werden.

Zudem setzen wir auf die Renaturierung von Flüssen, Auen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch das Klima. Hier muss eine Offensive gestartet werden. Die letzten frei fließenden Flüsse müssen erhalten bleiben.

Maßnahmen, die den ökologischen Zustand unserer Fließgewässer verschlechtern, sind nicht erlaubt. Diese Vorgabe aus dem europäischen Recht werden wir durchsetzen. Auch der Nutzen u.a. von Auen bei Hochwässern ist uns allen wieder bewusst geworden. Wir werden deshalb die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen Kriterien neu ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern die EU-Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen.

Frage 5:

Ein wichtiger Punkt (auch im Rahmen des Klimawandels) ist der Umbau unserer Mobilität. Wir setzen uns ein für einen massiven Ausbau des ÖPNV und klimafreundliche Autos, für die Stärkung von Radverkehr, Car-Sharing, Lastenrädern und ähnlichen Projekten. Schon jetzt arbeiten wir kommunal und lokal an vielen Lösungen. Allerdings brauchen wir auch hier eine Offensive auf Bundesebene. Wir stellen die nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt unserer Politik, damit der Verkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Dafür investieren wir in Ausbau und Vernetzung umweltfreundlicher Mobilitätsangebote. Damit ausreichend Mittel bereitstehen, wollen wir statt in neue Fernstraßen künftig in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur investieren und ökologisch schädliche Subventionen abbauen. Hierzu braucht es auch gesetzlich festgelegte Standards, auch auf dem Land.

Die Bahn ist das Rückgrat der Mobilitätswende. Wir werden daher die Schiene in der Fläche ausbauen, Strecken reaktivieren und mit dem Deutschland-Takt Bahnfahren attraktiver machen. Die Anzahl von LKWs verringern wir durch die Mehrnutzung von Schienen auch beim Warentransport.

Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Das erreichen wir über die europäischen Flottengrenzwerte und ansteigende nationale Quoten. Die Kaufförderung von emissionsfreien Autos wollen wir durch ein Bonus-Malus-System fördern und erreichen damit auch 15 Millionen E-Autos auf den Straßen bis 2030. Den Steuerrabatt auf Dieselkraftstoff werden wir schrittweise beenden und den Ausbau eines flächendeckenden Ladenetzes beschleunigen.